

osteuropa

63. JAHRGANG / HEFT 9 / SEPTEMBER 2013

Machtlabyrinth

Russland und der Bürgerkrieg in Syrien

<i>Stephan Rosiny</i>	Ausweg aus dem Bürgerkrieg Machtteilung in Syrien	3
<i>Roy Allison</i>	Unheilige Allianz Russlands Unterstützung für das Assad-Regime	17
<i>E. Karsh, M. Katz, M. Klein, F. Luk'janov, M. Mendras, G. Mirskij</i>	„Keine Solidarität mit dem Westen!“ Russland und der Krieg in Syrien	45
<i>Hannes Adomeit</i>	Fehler im Betriebssystem Die russisch-amerikanischen Beziehungen	57
<i>Steffen Halling</i>	Integrationsmotor Fußball? Russland, die Ukraine und die „Vereinigte Liga“	79
<i>Constantin Drees</i>	Aschenputtel auf dem Centre Court Medienbilder vom russischen Tenniswunder	99

Bücher und Zeitschriften

<i>Rudolf A. Mark</i> : Im Schatten des „Great Game“. Deutsche „Weltpolitik“ und russischer Imperialismus in Zentralasien 1871–1914	<i>Dietrich Beyrau</i>	107
<i>Luc Duhamel</i> : The KGB Campaign Against Corruption in Moscow, 1982–1987	<i>Susanne Schattenberg</i>	108
<i>Jürgen Zarusky, Martin Zückert</i> , Hg.: Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive. – <i>Horst Möller, Aleksandr Čubar’jan</i> , Hg.: Die Tragödie Europas. Von der Krise des Jahres 1939 bis zum Angriff auf die UdSSR	<i>Gerhard Wettig</i>	110
<i>Ray M. Douglas</i> : Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg	<i>Matthias Stickler</i>	112
<i>Alexander Friedman</i> : Deutschlandbilder in der weißrussischen sowjetischen Gesellschaft 1919–1941. Propaganda und Erfahrungen	<i>Thomas M. Bohn</i>	114
<i>Charlotte E. Henze</i> : Disease, Health Care and Government in Late Imperial Russia. Life and Death on the Volga, 1823–1914. – <i>Andreas Renner</i> : Russische Autokratie und europäische Medizin. Organisierter Wissenstransfer im 18. Jahrhundert	<i>Ute Caumanns</i>	115
<i>Simon Geissbühler</i> : Blutiger Juli. Rumäniens Vernichtungskrieg und der vergessene Massenmord an den Juden 1941	<i>Mariana Hausleitner</i>	117
<i>Ines Reich, Maria Schultz</i> , Hg.: Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam	<i>Ulrike Huhn</i>	119
<i>Michael Sander</i> : Deutsch-russische Beziehungen im Gassektor. – <i>Jonas Grätz</i> : Russland als globaler Wirtschaftsakteur. Handlungsressourcen und Strategien der Öl- und Gaskonzerne	<i>Roland Götz</i>	120
<i>Pekka Sutela</i> : The Political Economy of Putin’s Russia	<i>Roland Götz</i>	124
<i>Bruno Schönfelder</i> : Vom Spätsozialismus zur Privatrechtsordnung. Eine Untersuchung über die Interdependenz zwischen Recht und Wirtschaft am Beispiel von Gläubigerschutz und Kredit	<i>Anton Sterbling</i>	125
Abstracts		127

OSTEUROPA ist eine interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa. **OSTEUROPA** ist Forum des Ost-West-Dialogs und behandelt gesamteuropäische Themen. **OSTEUROPA** wurde 1925 von Otto Hoetzsch in Berlin gegründet. 1939 musste die Zeitschrift das Erscheinen einstellen. Von 1951 bis 1975 leitete sie Klaus Mehnert, bis 2002 Alexander Steininger.

OSTEUROPA is member of *eurozine* network: www.eurozine.com

ISSN 0030-6428

OSTEUROPA wird u.a. in folgenden Datenbanken und Bibliographien ausgewertet: European Bibliography of Slavic and East European Studies, International Bibliography of the Social Sciences, International Political Science Abstract, Journal Articles Database, Periodicals Index Online, Public Affairs Information Service, Social Science Citation Index, Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa, Worldwide Political Science Abstracts

Redaktion: Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Margrit Breuer, Olga Radetzka, Dr. Andrea Huterer, Ansgar Gilster. An diesem Heft hat Aleksandra Wójcik mitgewirkt.

Adresse: Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/30 10 45 81 und 30 10 45 82
Fax 030/21 47 84 14; osteuropa@dgo-online.org; <www.osteuropa.dgo-online.org>

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO).

Vorstand: Ruprecht Polenz, MdB (Präsident), Prof. Dr. Wolfgang Eichwede, Prof. Dr. Thomas Bremer, Prof. Dr. Timm Beichelt, Dr. Caroline von Gall, Prof. Dr. Jan Kusber, Prof. Dr. Sebastian Lentz, Prof. Dr. Rainer Lindner, Prof. Dr. Birgit Menzel, Prof. Dr. Stefan Troebst.

Geschäftsführung: Dr. Heike Dörrenbächer, Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/21 47 84 12
info@dgo-online.org; <www.dgo-online.org>

Konto: DGO, Commerzbank, Berlin (100 800 00), 04 148 630 00. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Erscheinungsweise: monatlich. **Bezug:** über den Verlag, den Buchhandel und die DGO. Das Abo gilt für ein Jahr und verlängert sich, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich beim Berliner Wissenschafts-Verlag gekündigt wird.

Preise: Jahresabo 84,00 €, für Mitglieder der DGO, Studierende, Schulen 49,00 € (plus Porto), Einzelheft 10,00 €, Themenhefte je nach Umfang zwischen 15,00 € und 32,00 €.

Versandkosten für ein Abo in Deutschland 12,00 €; im Ausland 28,50 €.
für Einzelhefte/Themenhefte in Deutschland je nach Umfang 1,00/4,00 €.
für Einzelhefte/Themenhefte ins Ausland je nach Umfang 3,00/4,50/6,00 €.

Berliner Wissenschafts-Verlag, Markgrafenstr. 12–14, 10969 Berlin, 030/841770-0; bwv@bwv-verlag.de.

Titelbild: Ansgar Gilster

© **OSTEUROPA/DGO** Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil der Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Unter dieses Verbot fallen die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung über CD-Rom und andere elektronische Datenträger.

Stephan Rosiny

Ausweg aus dem Bürgerkrieg in Syrien

Machtteilung statt regionaler Flächenbrand

In Syrien ist der zivile Aufstand gegen ein autoritäres Regime zu einem Bürgerkrieg und Stellvertreterkrieg geworden. Er droht zu eskalieren und die gesamte Region in Brand zu setzen. Weder eine Militärintervention von außen noch der militärische Sieg einer Seite bieten eine Lösung. Jeweils droht die regionale Ausweitung des Konflikts. Nur eine politische Lösung unter Einschluss externer Vermittler wie Russland und Iran kann einen Ausweg bieten. Ziel sollte zunächst eine Machtteilung sein. Danach ginge es um den Aufbau integrativer staatlicher Strukturen. Der Libanon bietet das Vorbild. Dort war der fünfzehnjährige Bürgerkrieg mit der Kompromissformel „Kein Sieger, kein Besiegter“ beendet worden.

Am 21. August 2013 starben bei einem Giftgasangriff auf Vororte der syrischen Hauptstadt Damaskus schätzungsweise 1400 Menschen. Dreißig Monate nach Ausbruch des Aufstands und zwei Jahre, nachdem dieser zum blutigen Bürgerkrieg eskalierte, stehen die USA und ihre Verbündeten deshalb vor der Entscheidung, in Syrien militärisch direkt zu intervenieren. Durch einen von den USA geführten Militärschlag einer „Allianz der Willigen“ gegen Syrien könnte sich das komplexe Geflecht aus lokalen, regionalen und internationalen Akteuren und Interessen in Syrien nachhaltig verschieben. Die Konflikte werden sich dadurch aber kaum lösen lassen, sondern möglicherweise noch verschärfen.

Auch im dritten Jahr des Aufstands in Syrien gibt es kein Anzeichen für eine Lösung. Weder das Regime noch das breite Spektrum oppositioneller Kräfte scheinen in der Lage zu sein, den zerstörerischen Machtkampf für sich zu gewinnen. Vieles deutet darauf hin, dass es am Ende (fast) nur Verlierer geben wird. In den Syrienkonflikt sind zahlreiche externe Akteure involviert, die das Regime oder die verschiedenen Lager der Opposition finanziell, diplomatisch und militärisch unterstützen. So ist aus dem anfänglichen zivilen Aufstand ein Bürgerkrieg und aus diesem ein Stellvertreterkrieg geworden. Syrien ist heute der zentrale Schauplatz des Kampfes um die Neuordnung des Nahen Ostens nach dem „Arabischen Frühling“. Das Leiden der Zivilbevölkerung und die Zerstörungen sind unvorstellbar groß. Dennoch ist der Reflex, man müsse dem Morden nun endlich von außen mit Waffengewalt ein Ende setzen und die Täter bestrafen, aus juristischen, militärischen und politischen Gründen fragwürdig und möglicherweise kontraproduktiv. Eine Alternative wäre es, politisch massiv zu

Stephan Rosiny (1962), Politik- und Islamwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Nahost-Studien im German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg
Ein Teil dieses Beitrags erschien als: GIGA-Fokus Nahost 8/2013.

OSTEUROPA, 63. Jg., 9/2013, S. 3–15

intervenieren und die Beteiligten zu drängen, ihren Konflikt mit nichtmilitärischen Mitteln zu bearbeiten und etwa ein verhandeltes Machtteilungsarrangement zu entwickeln.

Syrien im Kontext des „Arabischen Frühlings“

In Syrien sind bis Anfang September 2013 über 110 000 Menschen gewaltsam ums Leben gekommen, darunter 40 000 Zivilisten. Zwei Millionen Flüchtlinge, davon mehr als eine Million Kinder und Jugendliche, sind in die Nachbarländer Libanon, Jordanien, die Türkei, Ägypten und den Irak geflohen. Hinzu kommen über vier Millionen Binnenflüchtlinge. Somit musste fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung von 22,5 Millionen die Heimat verlassen. 1,2 Millionen Wohneinheiten sind zerstört, große Teile der Infrastruktur und viele kulturhistorische Schätze und archäologische Stätten sind in Mitleidenschaft gezogen worden.¹ Wie konnte der Syrienkrieg dieses ungeheure Maß an Gewalt und Zerstörung erreichen? Welche Auswirkungen hätte ein möglicher internationaler Militärschlag gegen das Regime von Baschar al-Assad? Und welche Optionen zur Beendigung der Kämpfe gibt es?

Der Aufstand in Syrien ist nur im Kontext des „Arabischen Frühlings“ zu verstehen, der seit Dezember 2010 die bestehende Ordnung autoritärer Herrschaft im Nahen Osten erschüttert.² Als im Januar 2011 der tunesische Präsident Zine el-Abidine Ben Ali und einen Monat später der ägyptische Staatschef Hosni Mubarak entmachtet wurden, in Bahrain, Jemen und Libyen massive Protestbewegungen den Sturz der autokratischen Herrscher verlangten, da schien ein Regime nach dem anderen wie Dominosteine zu stürzen. Syrien bildete zunächst eine Ausnahme: Der Aufruf zu einem „Tag des Zorns“ am 4. Februar 2011 in den sozialen Netzwerken *Facebook* und *Twitter* erzielte zwar 12 000 „likes“, aber anders als in Algerien, Jordanien, Irakisch-Kurdistan, Marokko und selbst in Saudi-Arabien und Oman kam es im Januar und Februar in Syrien zu keiner nennenswerten Demonstration. Selbstbewusst erklärte Präsident Baschar al-Assad in einem Interview seine Herrschaft für stabil, da er auf Seiten des Volkes stehe.³

Zwei gegensätzliche Erklärungen lassen sich für den anfänglichen syrischen Ausnahmefall finden: Zum einen genoss Baschar al-Assad im Vergleich zu anderen arabischen Despoten eine vergleichsweise hohe Popularität, weil er deutlich Stellung gegen die im Nahen Osten unpopuläre Politik der USA und die israelische Besetzung arabischen Territoriums bezog. Syrien gehört mit Iran, der libanesischen Hisbollah und bis 2011 der palästinensischen Hamas der „Achse des Widerstands“ an, deren politische Oberhäupter bis 2010 allesamt hohe Sympathiewerte im Nahen Osten ge-

¹ Aktuelle Flüchtlingszahlen: <<http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>>. – Süddeutsche Zeitung, 4.9.2013. – Für Schäden an archäologischen Stätten: <<http://archaeologik.blogspot.de/2013/09/syrien-vor-der-eskalation-august-2013.html>>.

² Stephan Rosiny: Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven. GIGA Focus Nahost 12/2011, <www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1112.pdf>.

³ Interview With Syrian President Bashar al-Assad, in: *The Wall Street Journal*, 31.1.2011, <<http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703833204576114712441122894.html>>.

nossen.⁴ Auf der anderen Seite hatte Baschars Vater, Hafiz al-Assad, im Februar 1982 einen bewaffneten Aufstand in Hama mit großer Brutalität niederschlagen lassen. Die Erinnerung daran hielt die Hemmschwelle für Proteste seitdem hoch.⁵

Mitte März 2011 kam es dann auch in Syrien zu ersten größeren Protestkundgebungen. Wie befürchtet reagierte das Regime mit massiver Repression. Die anfangs lokal beschränkten Demonstrationen weiteten sich rasch aus. Allerdings nahmen die Ereignisse in Syrien einen besonderen Verlauf, der sich von anderen Ländern des „Arabischen Frühlings“ unterscheidet: Die Proteste begannen nicht in der Hauptstadt oder sprangen schnell auf diese über, sondern sie blieben lange Zeit auf periphere Gebiete wie Dar'a und Städte wie Homs und Hama beschränkt.⁶ Die Opposition ist in Syrien tief in ideologische und politische Richtungen sowie in ethnisch-konfessionelle Gruppen gespalten, die sich in ihren Methoden, Bündnispartnern und Zielen stark voneinander unterscheiden. Einziges Bindeglied ist die gemeinsame Forderung nach dem Sturz von Baschar al-Assad. Dementsprechend reichen ihre Vorstellungen für die Zeit nach dem Regimesturz von liberal-demokratischen Entwürfen, unterschiedlich radikalen Plänen für eine islamische Herrschaft bis hin zu separatistischen Projekten.⁷

Nach wie vor kann sich Assad allerdings auf die Unterstützung eines bedeutenden Teils der Gesellschaft und des Staatsapparats stützen. Die Armee und der Sicherheitsapparat blieben, anders als in Tunesien und Ägypten, auf Seiten des Herrschers; auch wenn es besonders seit Mitte 2011 häufig zu Desertionen kam. Die überzeugten Anhänger der „arabisch-sozialistischen“ Baath-Ideologie und der „Widerstandsachse“ sehen im Aufstand den Versuch der USA und Israels, die syrische Gesellschaft zu spalten und den Widerstand gegen das „amerikanisch-zionistische Projekt“ in der Region zu brechen. Profiteure des Regimes, wozu etwa Teile der sunnitischen Bourgeoisie gehören, bangen um ihre Privilegien, mit denen sie in Syriens dirigistischer Wirtschaft für ihre Loyalität belohnt werden. Vor allem Mitglieder religiöser und ethnischer Minderheiten fürchten bei einem Sieg der Rebellen ein Erstarken des radikalen Islamismus und des arabisch-sunnitischen Chauvinismus.

Konfessionalisierung und Regionalisierung

Die syrische Gesellschaft weist eine besondere ethnisch-konfessionelle Vielfalt auf. Neben der sunnitisch-arabischen Bevölkerungsmehrheit (60–65 Prozent) gibt es schiitische Alawiten (zwölf Prozent), Anhänger verschiedener christlicher Kirchen (zehn Prozent) Kurden (zehn bis fünfzehn Prozent), Drusen (drei Prozent), Zwölferschiiten

⁴ Shibley Telhami: Arab Public Opinion Poll survey conducted June 29–July 20, 2010 in Egypt, Jordan, Lebanon, Marocco, Saudi Arabia, and UAE. Anwar Sadat Chair for Peace and Development. University of Maryland, with Zogby International, 2010, S. 66–67, <www.brookings.edu/~media/research/files/reports/2010/8/05%20arab%20opinion%20poll%20telhami/0805_arabic_opinion_poll_telhami.pdf>.

⁵ Raphaël Lefèvre: *Ashes of Hama: The Perilous History of Syria's Muslim Brotherhood*. London 2013.

⁶ Reinoud Leenders: *Collective Action and Mobilization in Dar'a: An Anatomy of the Onset of Syria's Popular Uprising*, in: *Mobilization*, 4/2012, S. 419–434.

⁷ Yezid Sayigh: *The Syrian Opposition's Leadership Problem*. The Carnegie Papers, April 2013, <<http://carnegie-mec.org/2013/04/03/syrian-opposition-s-leadership-problem/afx6u>>.

(zwei Prozent), Ismailiten, Yeziden und viele weitere kleine ethnische und konfessionelle Gemeinschaften. Im Staats- und Sicherheitsapparat sind Mitglieder der alawitischen Gemeinschaft überrepräsentiert, während der Aufstand vorwiegend von sunnitischen Arabern getragen wird. Dies verstärkt die Konfessionalisierung der Feindbilder und Konfliktlinien innerhalb Syriens und strahlt als Konfliktmuster in die Region aus. Syrien ist mit dem Libanon, Jordanien, dem Irak, Palästina, Ägypten, der Türkei und den Golfmonarchien ethnisch-konfessionell, verwandtschaftlich, politisch sowie durch Arbeitsmigranten und Flüchtlinge eng verzahnt. Mitglieder ethnisch-konfessioneller Gemeinschaften, Stammesangehörige und Anhänger islamistischer Ideologen stehen sich grenzüberschreitend bei. Akteure aus Nachbarländern üben Einfluss auf den Konflikt in Syrien aus, indem sie Geld, Waffen und Kämpfer an „ihre“ Glaubensbrüder liefern. Die Ereignisse in Syrien beeinflussen die Nachbarländer, in denen die Gegensätze zwischen Sunniten und Schiiten, Arabern und Kurden, Islamisten und Säkularen teils identische politische Frontlinien markieren.

Ein entscheidender Faktor dieser Entwicklung ist, dass sich die Bewohner primär mit ihrer eigenen „Schicksalsgemeinschaft“, meist einer ethnischen, verwandtschaftlichen oder konfessionellen Gemeinschaft, oder einer exkludierenden politischen Ideologie wie Ethnonationalismen und Islamismus, hingegen deutlich weniger mit der gemeinsamen Staatsnation identifizieren. Sie bilden starke sub- und transnationale „Wir-Gruppen“. Ihre kollektive Identität bildet sich in der Regel nicht als Akt des freien Willens, sondern geschieht „in Abwehr, Distanzierung, Anlehnung oder Übernahme auf Fremdzuschreibungen“.⁸ Solche Gruppen bieten ihren eigenen Mitgliedern in Zeiten der Krise Solidarität, Schutz und Identität, während sie Kritik und Angriffe von außen als bedrohlich und nicht selten als existentielle Gefahr deuten. Selbst Anhänger verschiedener ideologischer Richtungen des Sozialismus, Nationalismus und Islamismus begegnen sich häufig mit essentialistischen Feindbildern und einem rigiden Alleinvertretungsanspruch.

Diese Identitätsgemeinschaften sind im Nahen Osten relevant, weil die Staaten und Gesellschaften vergleichsweise unterentwickelt sind. Ihnen fehlen formale Strukturen und Institutionen, die die Bewohner unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem religiösen Glauben als gleichberechtigte Staatsbürger behandeln und in ein verlässliches Gefüge von Regeln und Institutionen einbinden. Funktionen des modernen Staates wie Sicherheit, Rechtsprechung und Konfliktmediation, Bildung und Erziehung, soziale Dienstleistungen oder die Regulierung der Märkte erfüllen viele Regime im Nahen Osten nur rudimentär. Staatliche Sicherheitsapparate dienen mehr der Kontrolle denn der Sicherheit der Bevölkerung, die Gerichtsbarkeit ist obrigkeitshörig und für viele Bewohner unerreichbar. Staatliche karitative Hilfe ist abhängig vom Wohlverhalten der Empfänger und Loyalitätsbekundungen gegenüber der Herrschaft. Die politische und ökonomische Elite setzt sich aus nur wenigen Familien zusammen.

Die Menschen erhalten den Zugang zu Chancen, Ressourcen und Information weniger über staatliche Institutionen, allen zugängliche zivilgesellschaftliche Einrichtungen und kritische Medien, sondern eher über geschlossene Netzwerke für Mitglieder der eigenen Wir-Gruppe. Stämme, Familienclans, Religionsgemeinschaften, aber auch herrschende Parteien wie die syrische Baath-Partei treten als Kollektive auf, die nach

⁸ Georg Elwert: Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen. Ethnizität und Gesellschaft. Occasional Papers 22. Berlin 1989, S. 26.

Macht streben und ihre jeweils eigene „Wahrheit“ produzieren und verkünden. Der Staat ist hier die „Beute“ und nicht das Regulativ innergesellschaftlicher Konkurrenz. Im syrischen Aufstand traten diese Strukturen deutlich zutage und trugen zu dessen gewaltsamer Eskalation bei.

Daher könnte der Bürgerkrieg in Syrien schlimmstenfalls der Vorbote einer neuen regionalen Krise werden. Anzeichen finden sich im Sturz der Regierung in Ägypten Anfang Juli 2013 und seinen gewaltsamen Folgen, dem fragilen Staatsbildungsprozess in Libyen und Tunesien, fortgesetzten Unruhen in Bahrain, drohenden Bürgerkriegen im Libanon und Irak sowie in den innenpolitischen Krisen in vielen anderen Staaten der Region, etwa in Algerien oder der Türkei.

Der Verlauf des „Arabischen Frühlings“, der im Westen anfangs noch große Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Region weckte, spiegelt die Ambivalenz dieser Situation wider: Einerseits sind die meisten Menschen enttäuscht und wütend über den ungerechten, korrupten und entwürdigenden Zugang zu Ressourcen und Chancen unter autoritären Regimen. „Brot, Freiheit und Würde“ war die zentrale Parole der Protestierenden. Andererseits deuten sie die Ursachen der strukturellen Probleme als das persönliche Versagen eines Herrschers, als die kollektive Diskriminierung ihrer eigenen Gemeinschaft oder als die moralische Verfehlung anderer Ideologien und Glaubensrichtungen. Sobald die schlechten Führer entmachtet sind, die eigene Gruppe mehr Vorrechte genießt und die „wahre“ Lehre an der Macht ist, erhoffen sie sich eine sofortige Besserung ihrer Lage. Die aktuellen Entwicklungen in Ägypten zeigen, wie schnell dies zu Enttäuschung, erneutem Regimesturz und Gewalt führen kann.

Vom friedlichen Protest zum Bürgerkrieg und Stellvertreterkrieg

Vor diesem Hintergrund erklären sich die dramatische Gewalteskalation und die regionalen Auswirkungen des syrischen Aufstands. In Syrien werden keine archaischen völkischen und religiösen Gegensätze ausgetragen. Syrien bietet vielmehr einen Beleg, wie Menschen sich in einem Zustand von Staatszerfall und extremer gesellschaftlicher Anomie neu zu organisieren suchen. Das Verhalten der bewaffneten Verbände des Regimes und der Opposition ist von mächtiger Wut und existentieller Angst geprägt. In primordialen Bindungen und religiösen Ideologien suchen Menschen Schutz, Solidarität und Vertrauen, weil sie keine Verlässlichkeit mehr im Staat und der syrischen Nation finden. Anhänger des Regimes binden sich hingegen in blinder Loyalität oder pragmatischer Anpassung an den Herrscher und erhoffen sich dadurch Protektion und Versorgung.

Die Proteste gegen das Regime von Baschar al-Assad blieben im ersten halben Jahr von wenigen Ausnahmen abgesehen friedlich. Das Regime setzte von Anfang an unverhältnismäßige Gewalt gegen Zivilisten ein und hoffte, den zunächst lokal begrenzten Protest im Keim ersticken und andernorts abschrecken zu können.⁹ Doch wie bereits zuvor in Tunesien, Ägypten, Jemen und Libyen erreichte die Repression das genaue Gegenteil: Sie entfremdete die Bevölkerung zunehmend vom Regime. Das

⁹ André Bank, Erik Mohs: Die syrische Revolte: Protestdynamik, Regimerepression und Internationalisierung, in: Anette Jünemann, Anja Zorob (Hg.): Arabisches Erwachen. Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und in Nordafrika. Wiesbaden 2012, S. 85–106.

Regime schuf durch die Anwendung von Gewalt beständig neue „Märtyrer“, deren Beerdigung jeweils Anlass für erneute Proteste und Repression bot. Das Regime trieb so immer neue Bevölkerungssegmente zu den Aufständischen: Nach den Jugendlichen (im syrischen Fall sogar nach den Kindern) protestierten deren Eltern, Großfamilien und Clans, die Nachbarn, Dorf- und Stadtviertelbewohner. Die Furchtlosigkeit der Aufständischen machte immer mehr Menschen Mut, gegen die autoritäre Herrschaft aufzubegehren.

Die Proteste erlebten ihren ersten Höhepunkt im Sommer 2011, als einige Angehörige der Sicherheitskräfte den Schießbefehl verweigerten und desertierten. Sie und andere Freiwillige formierten sich in der „Freien Syrischen Armee“ (FSA), die eine bewaffnete Rebellion begann, einige Stadtviertel von Homs und kurze Zeit später von Hama unter ihre Kontrolle brachte und erste „befreite“ Territorien erobern und halten konnte. Trotz verschärfter Repression durch den Einsatz von Panzern, Artillerie, Kampfflugzeugen und Raketen gelang es dem Regime immer weniger, die an verschiedenen Stellen des Landes ausbrechenden bewaffneten Aufstände niederzuwerfen. Einen bedeutenden Anteil an dieser Machtverschiebung hatten kampferprobte ausländische Milizionäre, insbesondere radikal-islamistische Jihadisten, die seit Anfang 2012 gegen das Regime eingriffen und dem Aufstand zunehmend ein religiöses Gepräge gaben.¹⁰ Ihre Anzahl wird auf 6000–15 000 Kämpfer geschätzt, sie selbst geben ihre Stärke mit 30 000 an.¹¹ Sie kommen aus Libyen, Tunesien und Ägypten, aus Jordanien, dem Irak, dem Libanon und der Türkei, aus Afghanistan, von der Arabischen Halbinsel und hier insbesondere aus Saudi-Arabien, aus Südostasien, und zu rund einem Zehntel (600–1000 Männer) aus Europa. Jihadisten aus dem Nordkaukasus haben eine eigene Kampfeinheit gegründet, die „Armee der Emigranten und Unterstützer“ (Jaisch al-Muhajirin wa al-Ansar). Während Russlands Außenministerium von 600 bis 6000 kaukasischen Kämpfern in Syrien spricht, nennen andere Quellen einige Dutzend oder Hundert. Es handelt sich meist um kampferprobte Tschetschenen, die Führungspositionen innerhalb verschiedener jihadistischer Verbände einnehmen.¹² Eine eigene Website <fisyria.com> berichtet in Russisch über ihre Aktivitäten. Syrien ist für radikal-islamistische Kämpfer aktuell das Zentrum ihres globalen „Heiligen Kriegs“, in dem sie gegen „unislamische“ Regime, „abtrünnige Schiiten“, „den Westen“ und ganz allgemein gegen alles und jeden kämpfen, der ihren ideologisch verengten und militant radikalisierten Vorstellungen von Islam widerspricht. Um eine politische und gesellschaftspolitische Reform Syriens geht es ihnen dabei nicht.

¹⁰ International Crisis Group: Tentative Jihad: Syria's Fundamentalist Opposition. Middle East Report 131/2012, <[www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle East North Africa/Iraq Syria Lebanon/Syria/131-tentative-jihad-syrias-fundamentalist-opposition](http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Iraq%20Syria%20Lebanon/Syria/131-tentative-jihad-syrias-fundamentalist-opposition)>. – Aron Lund: Syrian Jihadism. UIbrief 13. Stockholm 2012, <www.ui.se/upl/files/77409.pdf>.

¹¹ Syria's Western Jihadists, in: The Daily Beast, 4.8.2013, <www.thedailybeast.com/witw/articles/2013/08/04/western-jihadists-head-to-syria-to-fight.html>.

¹² Threat of sectarian war grows in Syria as jihadists get anti-aircraft missiles, in: The Guardian, 16.6.2013, <www.theguardian.com/world/2013/jun/16/syrian-jihadists-anti-aircraft-missiles-video>. – Chechens Among Jihadists in Syria, in: Al-Monitor, 26.4.2013, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/04/chechen-jihad-syria-boston-bombing.html>. – How Many Chechens Are Fighting in Syria? In: Radio Free Europe, 19.6.2013, <www.rferl.org/content/chechen-syria-fighting-kadyrov/25022321.html>. – Syria: the foreign fighters joining the war against Bashar al-Assad, in: The Guardian 23.9.2012, <www.theguardian.com/world/2012/sep/23/syria-foreign-fighters-joining-war>.

Seit Mitte 2012 kommt es vermehrt zu Kämpfen zwischen oppositionellen Milizen, vor allem Teilen der Freien Syrischen Armee, Jihadisten und kurdischen Milizen. Syrien zerfällt in einen Flickenteppich, in dem verschiedene Gewaltakteure und Warlords ihre eigenen Territorien kontrollieren und eine quasistaatliche Ordnung errichten. Mitte 2013 existieren geschätzte 1200 bewaffnete Gruppen. Es handelt sich bei den meisten nicht um straff organisierte Verbände, sondern eher um lose Netzwerke. Sie rekrutieren schnell neue Mitglieder, die sie aber auch wieder an andere Gruppen verlieren können, wenn diese effizienter, besser ausgerüstet und besoldet sind. So verloren die „gemäßigten“ Rebellenverbände Kämpfer an jihadistische Netzwerke wie die mit Al-Qaida verbündete Nusra-Front, die über mehr Geld und bessere Waffen verfügen, militärisch effizienter sind und mit einer klaren, radikalen Ideologie einheitlich auftreten. Lange Zeit hat Katar diese Gruppen unterstützt, hinzu kommen Gelder privater Spender, meist aus den Golfstaaten, und Einnahmen aus dem Verkauf syrischen Öls. Seit im Sommer 2013 kurdische Verbände im Nordosten eine Autonomie beanspruchen und die dortigen Ölvorkommen kontrollieren, werden sie von Verbänden der Freien Syrischen Armee und der Nusra-Front angegriffen.¹³ Das Regime trug seinerseits zur Konfessionalisierung bei, indem es etwa die vorwiegend aus Alawiten, einer Untergruppe des schiitischen Islam, bestehende „Geister“-Miliz (Schabiha) die brutale Schmutzarbeit der Aufstandsbekämpfung verrichten lässt.

Auch wenn die Zahl der Kriegsparteien, der Charakter und Umfang der Kämpfe längst die Kriterien eines Bürgerkriegs erfüllen, lehnen die Beteiligten diese Bezeichnung ab. Das Regime sieht sich rechtmäßig einen „vom Ausland gesteuerten“ und von „Terroristen“ geführten Aufstand niederschlagen. Die Mitglieder der FSA griffen zu den Waffen, weil sie friedlich Protestierende gegen die Angriffe der Sicherheitskräfte verteidigen wollten. Für beide Seiten banalisiert der Terminus „Bürgerkrieg“ daher die Kämpfe, weil er ein Gleichgewicht der Verantwortung suggeriert.

Die Kämpfe weiteten sich durch die Beteiligung ausländischer staatlicher und nicht-staatlicher Akteure immer mehr zum Stellvertreterkrieg aus: zwischen Iran, Saudi-Arabien, Katar und der Türkei um regionale Vormacht; zwischen Sunniten und Schiiten um die konfessionelle Dominanz; innerhalb des sunnitischen Lagers zwischen der Türkei, Saudi-Arabien, Katar und Ägypten unter Mursi um die Rolle als „sunnitische“ Führungsmacht; zwischen Israel und Iran um das Existenzrecht Israels oder Palästinas sowie um das iranische Nuklearprogramm; zwischen verschiedenen Richtungen des sunnitischen Islamismus (der moderateren Richtung der Muslimbruderschaft, dem fundamentalistischen Salafismus und dem militanten Jihadismus) um religiöse Deutungshoheit; zwischen Arabern, Kurden, Türken und Persern um kulturelle Vor- bzw. Sonderrechte; und nicht zuletzt zwischen den beiden Weltmächten USA und Russland sowie den ehemaligen Mandatsmächten Großbritannien und Frankreich um regionalen und globalen Einfluss.

In Syrien ringen die verschiedenen regionalen und internationalen Akteure nicht nur um das Schicksal des Landes, sondern um die grundsätzliche Neuordnung des Nahen

¹³ Jihadists' Rise, Kurdish Self-Rule Disrupt Syrian Alliances, in: Al-Monitor 24.7.2013 (übersetzt aus dem Arabischen aus: as-Safir, 24.7.2013), <www.al-monitor.com/pulse/security/2013/07/jihadist-kurdish-tensions-shake-up-syrian-alliances.html>. – Syrian Kurds Reject SNC, Al-Qaeda, in: Al-Monitor, 22.7.2013, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/07/syrian-kurds-reject-snc-al-qaeda.html>.

Ostens nach dem „Arabischen Frühling“. Mehrere Staaten greifen ein, indem sie Geld, Waffen, Militärtraining, Milizionäre, logistische Hilfe und diplomatische Rückendeckung liefern. Das syrische Regime wird von Russland, China und Iran sowie der nichtstaatlichen libanesischen Hisbollah unterstützt. Aktiv auf Seiten der Rebellen stehen die Türkei, Saudi-Arabien, Katar, die USA, Frankreich, Großbritannien, Jordanien, Libyen und Ägypten bis zum Sturz Mursis am 3. Juli 2013. Hinzu kommen ausländische Privatfinanziere und nichtstaatliche sunnitische, kurdische und schiitische Parteien, die unterschiedliche politische Lager in Syrien politisch, logistisch und teilweise mit Milizionären unterstützen. Israel intervenierte unmittelbar in die Kämpfe, indem es mehrere Luftschläge gegen mutmaßliche militärische Einrichtungen sowie Rüstungstransporte auf dem Weg in den Libanon richtete.

Umgekehrt greifen die Konflikte immer häufiger auf Nachbarländer über: Syrische Flüchtlinge bringen ihre traumatischen Erfahrungen und ihre Sicht der Dinge mit. Sie tragen dazu bei, dass sich politische und ethnisch-konfessionelle Gegensätze in den Aufnahmeländern verstärken. Waffen und Kämpfer gelangen aus der Türkei, aus Jordanien, dem Irak und Libanon über die Grenzen nach Syrien, während Kämpfer mit klaren politischen und religiösen Feindbildern und Erfahrung im Guerillakampf, mitunter aber auch mit Waffen, in ihre Heimatländer zurückkehren, was dort politische Gegensätze militarisiert. Im Libanon und Irak stehen sich Mitglieder ähnlicher ethnisch-konfessioneller Gemeinschaften gegenüber wie in Syrien: Sunniten und Schiiten, Araber und Kurden. In beiden Ländern kommt es längst zu Bombenanschlägen und bewaffneten Kämpfen zwischen Akteuren der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die mit dem syrischen Bürgerkrieg in Zusammenhang gebracht werden.

Sowohl das Regime als auch die Aufständischen setzen nach wie vor darauf, den Konflikt militärisch für sich zu entscheiden. Beide Seiten sind derzeit offenbar noch zu stark, um besiegt zu werden, aber zu schwach, um selbst siegen zu können. Jede Stärkung der einen Seite hat eine Aufrüstung der anderen durch deren Verbündete zur Folge. Eine „Sieglösung“ einer Seite über die andere hätte verheerende Auswirkungen auf die gesamte Region, da sie zu einer weiteren Eskalation der ethnisch-konfessionellen Gegensätze führen würde: Ein Sieg der mehrheitlich sunnitischen Rebellen würde Sunniten zu Machtkorrekturen in anderen Ländern ermuntern. Das gilt vor allem für den Irak und den Libanon. Ein Sieg des „schiitisch-alawitischen“ Regimes würde dagegen das antischiitische Ressentiment in der Region voraussichtlich noch verstärken.

Der Chemiewaffeneinsatz als Wendepunkt

Vermutlich würden der Bürgerkrieg und der Stellvertreterkrieg unvermindert weitergehen, wenn es nicht am 21. August 2013 zu einem massiven Einsatz von Giftgas in Vororten von Damaskus gekommen wäre. Viele Indizien deuten auf eine Täterschaft aus den Reihen des Regimes hin. Doch insbesondere die Frage nach den Motiven und wer für den Einsatz die Verantwortung trägt, ist unbeantwortet. Eine Täterschaft der Rebellen, wie es die syrische und die russische Regierung weiterhin behaupten, schien anfangs durchaus möglich, da auch unter ihnen einige Gruppen ein hohes Maß an

Gewaltbereitschaft und Rücksichtslosigkeit gegenüber der Zivilbevölkerung bewiesen haben. Außerdem hätten sie ein Motiv für den Einsatz, nämlich den Westen zu einer militärischen Strafaktion zu drängen. Andererseits ist der Einsatz von Chemiewaffen durch Regimetruppen nicht recht nachvollziehbar, da Assad damit rechnen musste, dass ein derartiger Chemiewaffeneinsatz die von US-Präsident Obama am 20. August 2012 gezogene „rote Linie“ deutlich überschreiten würde. Außerdem passt es nicht zu Assads ausgeprägtem Machterhaltungsinstinkt, den gerade drei Tage zuvor, am 18. August 2013, ins Land gekommenen UN-Inspektoren für Chemiewaffen eine solche „Smoking Gun“ vor den Toren von Damaskus zu servieren.

Am 14. September 2013 forderten die USA und Russland Syrien auf, sein Chemiewaffenarsenal bis Mitte 2014 entfernen zu lassen oder zu zerstören. Am gleichen Tag erklärte Syrien seine Bereitschaft, der UN-Chemiewaffenkonvention beizutreten, und am 21.9. legte es wie gefordert der OPCW (Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons) eine Liste von Lagern und Produktionsstätten für Chemiewaffen vor. Russland lehnt die Androhung von Zwangsmaßnahmen und eine Verurteilung des syrischen Regimes für die Giftgasangriffe des 21. August durch den UN-Sicherheitsrat ab.

Die USA und Frankreich halten es sich hingegen nach wie vor offen, auch ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrats militärische Strafmaßnahmen gegen das syrische Regime auszuführen. Auch wenn ein unmittelbar bevorstehender Militärschlag vorerst abgewendet zu sein scheint, bleibt die Option eines externen Eingreifens bestehen. Die syrische Opposition geht ohnehin davon aus, dass sich das syrische Regime nicht dauerhaft an die Abmachungen halten werde. Teile von ihr setzen deshalb weiterhin auf die Option einer externen Militärintervention zu ihren Gunsten.

Ein Krieg mit lauter Verlierern?

Eine militärische Intervention, so „chirurgisch“ diese auch sein mag, würde das Leiden der Zivilbevölkerung nicht verringern, sondern den Krieg verlängern, die Kontrolle der Chemiewaffen erschweren, Verhandlungen über eine politische Lösung beeinträchtigen und eine regionale Eskalation fördern. Jene, die über ein militärisches Eingreifen zur Vergeltung und Bestrafung nachdenken und durch einseitigen Druck auf das Regime Verhandlungen erzwingen wollen, verkennen den Charakter des Konflikts: Es geht in Syrien nicht um den Verlust einer – wenn auch geschichtspolitisch und symbolisch höchst bedeutsamen – Provinz wie dem Kosovo im Falle des zweiten Jugoslawienkriegs 1999, auch nicht um den Machtverlust einer kleinen Elite wie in Tunesien und Ägypten 2011. Vielmehr sehen sich Regime und Opposition in einem „existentiellen Kampf“. Das Regime möchte „den Terrorismus“ bekämpfen – und meint die Opposition. Einige radikale Rebellengruppen drohen mit der Vertreibung und Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Alawiten und Christen. Ein territorialer Zerfall Syriens in ethnische Kleinstaaten zum Schutz der Minderheiten würde neue Minderheiten kreieren und hätte ethnische Säuberungen und lang anhaltende Grenzkonflikte zwischen den neuen Einheiten zur Folge.

Den externen Unterstützern des syrischen Regimes, allen voran Russland und Iran, drohen Rückschläge sowohl im Falle des Sieges wie der Niederlage des Regimes.

Russland ist aus geostrategischen, militärischen und ökonomischen Interessen an einem Erhalt des Regimes interessiert: Im Fall eines Regimesturzes muss es mit einem grundlegenden Kurswechsel der syrischen Bündnispolitik rechnen, weil Putin als zu enger Vertrauter Assads gelten würde. Nach einer Reihe von militärischen Regimewechseln zugunsten der USA in Afghanistan 2001, Irak 2003 und Libyen 2011 wäre Syrien somit der nächste Fall eines nahöstlichen Staates, in dem Russland massiv an Einfluss verlieren würde.

Außerdem wären umfangreiche Waffengeschäfte, eine Beteiligung an der Öl- und Gasförderung Syriens und Russlands Marinebasis im Hafen von Tartus bedroht, ebenso wie die Rückzahlung hoher Schulden. Allerdings reichen Russlands Interessen weit über die ökonomischen hinaus. Denn der saudische Prinz Bandar bin Sultan soll Putin vergeblich Waffenkäufe für 15 Milliarden US\$ und eine Absicherung der russischen Gaslieferungen nach Europa angeboten haben, wenn dieser seine Unterstützung für das syrische Regime reduziere.¹⁴ Ein solcher „Deal“ hätte zweifellos die Glaubwürdigkeit Russlands als politischer Partner erschüttert.

Die traumatischen Erfahrungen der Niederlage im Afghanistankrieg 1989, den die Islamisten seinerzeit als „Sieg über den Kommunismus“ feierten, der Kriege im Nordkaukasus und die Anschläge durch islamistische Terrorgruppen in Moskau begründen Moskaus Furcht vor einer Stärkung und Expansion des Jihadismus, sollten die syrischen Rebellen den Bürgerkrieg für sich entscheiden. Allerdings kann die vorbehaltlose Unterstützung, die Russland dem Assad-Regime für eine militärische Lösung zusichert, auch nach hinten losgehen. Denn die Brutalität, mit der das Regime die Aufständischen bekämpft, radikalisiert jene nur weiter. Jihadisten könnten sich zunehmend auf Russland als ihren Hauptgegner richten. Außerdem könnten die politischen, ökonomischen und moralischen Kosten, als Unterstützer eines „Schurkenstaats“ am Pranger der (westlichen) Weltöffentlichkeit zu stehen, die Vorteile bald übersteigen, die Russland aus dem Erhalt des Assad-Systems zieht.

Irans Motive, aber auch die Grenzen für eine Unterstützung des syrischen Regimes, liegen anderswo. Hier spielen neben strategischen Gründen – Syrien ist der Brückenkopf zu Irans libanesischen und palästinensischen Partnern, vor allem der Hisbollah und der Hamas – auch moralische und religiöse Gründe eine Rolle. Syrien war während des Ersten Golfkriegs (1980–1988) Irans einziger arabischer Partner. Iran will nun seine Glaubwürdigkeit demonstrieren, umgekehrt seinem Partner in schwierigen Zeiten beizustehen. Die (schiitische) „Islamische Republik Iran“ sieht sich, trotz ihrer panislamischen Rhetorik, in einer Schutzverantwortung für die Schiiten. In Syrien liegen verschiedene schiitische Heiligtümer, die bereits Ziele von Anschlägen radikaler Sunniten geworden sind. Diese sehen Schiiten als vom Islam abgefallene „Götzenverehrer“ an, woraus sie eine Legitimation ableiten, jene zu töten. Iran trainiert und rüstet verschiedene schiitische Milizen aus, die in Syrien an der Seite des Regimes sowie zum Schutz schiitischer Heiligtümer und Wohngebiete eingesetzt werden.

Doch auch Irans Engagement droht ins Gegenteil des Beabsichtigten zu verfallen. Seit der „Islamischen Revolution“ sieht sich das Land als Beschützer der „Entrechteten“ und sah in den Aufständen des „Arabischen Frühlings“ zunächst die Verlängerung der eigenen Revolution. Dass es nun die gewaltsame Niederschlagung des syrischen

¹⁴ Saudi offers Russia deal to scale back Assad support – sources, in: Reuters, 7.8.2013, <www.reuters.com/article/2013/08/07/us-syria-crisis-saudi-russia-idUSBRE97600Q20130807>.

Volksaufstands unterstützt, zerstört das revolutionäre Image. Außerdem schadet Iran, der schiitisch dominierten irakischen Regierung unter Nuri al-Maliki sowie der schiitischen Hisbollah im Libanon die konfessionalistische Zuspitzung zwischen Sunniten und Schiiten im syrischen Bürgerkrieg massiv, denn die meisten Opfer des Konfessionskriegs in der Region sind Schiiten, die hier insgesamt nur eine Minderheit bilden. Gleichzeitig hat der anhaltende Syrienkrieg negative Auswirkungen auf die Länder, deren Regierungen auf Seiten der Opposition und der Rebellenverbände stehen: Ein Überspringen ethnisch-konfessioneller Spannungen bedroht die Nachbarn Türkei, Irak, Libanon und Jordanien.¹⁵ Viele Türken sind unzufrieden mit der einseitigen Position ihrer Regierung im Syrienkonflikt, was auch in den Protesten und Unruhen gegen die türkische AKP-Regierung zum Ausdruck kommt. Der syrische Aufstand verstärkt zugleich kurdische Autonomiebestrebungen.

Die von Kurden bewohnten Gegenden in Nordsyrien bezeichnen sich mittlerweile als „Westkurdistan“. Ihr Vorbild könnte türkische Kurden zu irredentistischen Bestrebungen anregen. Als Ägyptens Präsident Mursi am 15. Juni 2013 seine Landsleute aufrief, in den Jihad gegen das syrische Regime zu ziehen, förderte dies die Entscheidung des Militärs zum Putsch gegen ihn am 3. Juli.¹⁶ Die ideologische Radikalisierung des politischen Salafismus zum militanten Jihadismus bedroht selbst die konservativen Golfmonarchien Saudi-Arabien und Katar, die den Salafismus seit Jahrzehnten fördern. Denn das religiöse Feindbild des Jihadismus umfasst neben den „abtrünnigen“ Schiiten und den westlichen „Kreuzrittern“ auch die „korrupten“ Golfmonarchien. Ein Etappensieg in Syrien wird sie anspornen, in weiteren Ländern wie Libyen, Tunesien oder Ägypten, aber auch in Bahrein und Saudi-Arabien für den „Sieg des Islam“ in ihrem engen Verständnis zu kämpfen. Eine „Niederlage“ wird sie hingegen Rache nehmen lassen an „Feinden des Islam“, „Verrätern“ und „Agenten“. Sicherheitsdienste fürchten, dass die 600 bis 1000 nach Syrien gezogenen europäischen „Gotteskrieger“ bei ihrer Rückkehr radikale Bewegungen und Terrorzellen formieren könnten. Die fortgesetzten Kämpfe und selbst ein Sieg der Rebellen könnten sich als ein Bumerang für die sie unterstützenden Länder erweisen.

Alternativen zum Militärschlag

Die Alternative zum Militärschlag kann aber nicht Untätigkeit sein. Vielmehr ist es höchste Zeit, die Blockadehaltung des Regimes *und* der Opposition sowie von deren Unterstützern aufzubrechen und eine politisch verhandelte Lösung anzustreben. Der massive moralische Schaden durch den Giftgaseinsatz für das Regime und die Drohung mit militärischen Vergeltungsschlägen könnten dafür genutzt werden, ein sofortiges Ende der Kämpfe zu verlangen und umgehend Friedensverhandlungen aufzunehmen. Der Schlüssel, Assad an den Verhandlungstisch und zu Konzessionen zu bringen, liegt in Russland und insbesondere in Iran, die allein den nötigen Druck auf ihn aus-

¹⁵ International Crisis Group: Syria's Metastasising Conflicts, in: Middle East Report, 143/2013, <<http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/egypt-syria-lebanon/syria/143-syrias-metastasising-conflicts.aspx>>.

¹⁶ Morsi role at Syria rally seen as tipping point for Egypt army, in: The Irish Times, 4.7.2013, <<http://irishtimes.com/news/world/africa/morsi-role-at-syria-rally-seen-as-tipping-point-for-egypt-army-1.1450612>>.

üben könnten. Es gibt Anzeichen, dass die USA bereit sind, Irans Rolle für eine mögliche Lösung anzuerkennen.¹⁷ Die Regierungen Irans und Russlands haben sich unmissverständlich gegen die Legitimität von Chemiewaffeneinsätzen ausgesprochen, zumal Iran im Ersten Golfkrieg (1980–1988) selbst Opfer von irakischen Chemiewaffeneinsätzen geworden war – seinerzeit mit Unterstützung der CIA.¹⁸ Sie bestreiten allerdings, dass das Regime das Giftgas eingesetzt habe; vermutlich, um Assad eine gesichtswahrende Lösung zu ermöglichen und um bestrafende Militärschläge zu verhindern.

Der iranische Präsident Hassan Rouhani bot am 20. September 2013 an, eine Vermittlerrolle zwischen dem Regime und den Rebellen zu übernehmen.¹⁹ Russland und Iran müssten dem Assad-Regime verdeutlichen, dass es auch für sie eine „rote Linie“ gibt und sie zu keiner bedingungslosen Unterstützung mehr bereit sind. Beide Länder haben ein großes Interesse, wenngleich unterschiedliche Motive, den Syrienkonflikt politisch beizulegen. Druck auf das syrische Regime werden sie aber nur ausüben, wenn auch ihre Interessen berücksichtigt werden. Umgekehrt werden sie verlangen, dass die westlichen und nahöstlichen Partner der Rebellen ihrerseits diese drängen, sich auf eine verhandelte Lösung einzulassen, ohne den Machtverzicht Assads zur Vorbedingung zu machen, und dass insbesondere die Türkei und die arabischen Golfstaaten Saudi-Arabien und Katar den Jihadisten jegliche Unterstützung durch Waffen, Geld und Durchgangswege entziehen.

Das komplexe Geflecht aus Akteuren und Interessen in Syrien gleicht dem Geschicklichkeitsspiel Mikado: Wird ein Stab bewegt, kann dies weitreichende Folgen für alle anderen haben und das gesamte Gebilde zum Einsturz bringen. Für eine Konfliktbearbeitung ist es deshalb notwendig, die einzelnen Teile in ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Erst dann kann eine nachhaltige Lösung erarbeitet werden. Hierfür gibt es keine Patentrezepte, aber doch Vorbilder, Erfahrungen und Experten wie den UN-Gesandten Lakhdar Brahimi, die den Verhandlungspartnern behilflich sein können. Syrien könnte vom Nachbarland Libanon lernen, in dem ein fünfzehnjähriger Bürgerkrieg (1975–1990) am Ende mit der Kompromissformel „Kein Sieger, kein Besiegter“ endete.

Eine proportionale Machtteilung zwischen ethnisch-konfessionellen Gemeinschaften wie im Libanon ist kein Wundermittel, um die gesellschaftliche Spaltung in Herkunftsgemeinschaften zu überwinden. Sie droht vielmehr, mittelfristig die gesellschaftliche Fragmentierung zu verfestigen und den Staat zur Beute klientelistischer

¹⁷ U.S. and Iran are edging toward direct talks, in: Los Angeles Time, 11.9.2013, <www.latimes.com/world/la-fg-us-iran-20130912,0,1520818.story>. – Washington, Riyadh Divided Over Iran's Role in Syria Solution, in: Al-Monitor, 18.9.2013 (Original: al-Hayat Arab., 15.9.2013), <www.al-monitor.com/pulse/politics/2013/09/washington-saudi-divide-iran-syria-conflict.html>.

¹⁸ Matthew M. Aid, Shane Harris: Exclusive: CIA Files Prove America Helped Saddam as He Gassed Iran, in: Foreign Policy, 26.8.2013 <www.foreignpolicy.com/articles/2013/08/25/secret_cia_files_prove_america_helped_saddam_as_he_gassed_iran?page=full>.

¹⁹ Hassan Rouhani: Why Iran seeks constructive engagement, in: Washington Post, 20.9.2013, <www.washingtonpost.com/opinions/president-of-iran-hassan-rouhani-time-to-engage/2013/09/19/4d2da564-213e-11e3-966c-9c4293c47ebe_story.html?hpid=z2>.

Netzwerke zu machen.²⁰ Deshalb kann sie nur als Instrument der unmittelbaren Krisenintervention dienen, um den Gemeinschaften die Angst vor Exklusion und Vernichtung zu nehmen, eine Partizipation an der Macht zu garantieren und die Konkurrenz politisch zu regulieren. In einem weiteren Schritt müssen integrative staatliche Institutionen aufgebaut und Nichtregierungsorganisationen gefördert werden, die eine überkonfessionelle Zusammenarbeit begünstigen und allmählich Vertrauen zwischen den Kontrahenten wiederherstellen. Mit der Zeit sollte ein entwickelter, funktionsteiliger Staat entstehen, der seine Bewohner als gleichberechtigte Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten behandelt.²¹

Der Libanonkrieg, in den sich ähnlich wie heute in Syrien ebenfalls zahlreiche externe Akteure über Stellvertreter eingemischt hatten, konnte 1989/1990 beendet werden. (Fast) alle Akteure, interne wie externe, waren zu der Einsicht gelangt, dass das Risiko eines fortgesetzten Krieges den Nutzen eines (un)möglichen Sieges übersteigen würde. Angesichts der immensen Verluste eines fortgesetzten Krieges in Syrien ist zu hoffen, dass auch die lokalen, regionalen und globalen Akteure des Syrienkriegs möglichst schnell zu dieser Einsicht gelangen.

Manuskript abgeschlossen am 22.9.2013

²⁰ Stephan Rosiny: Religionsgemeinschaften als Verfassungssubjekte: Libanon als Modell für Nahost? GIGA Focus Nahost 4/2011, <www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1104.pdf>.

²¹ Stephan Rosiny: Power Sharing in Syria: Lessons from Lebanon's Experience. GIGA Working Paper 223, <www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp223_rosiny.pdf>. – Ders.: Power Sharing in Syria: Lessons from Lebanon's Taif Experience, in: Middle East Policy, 3/2013, S. 41–55.